



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 20. September 2017

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Vor Libyen wurden 134 Fliehende durch die deutsche Bundeswehr gerettet. Sie wurden in den italienischen Hafen Augusta gebracht. Weitere 5.000 wurden von der libyschen und italienischen Küstenwache aus dem Meer geholt. Wohin sie verschifft wurden, geht aus dem *SPON*-Bericht nicht hervor. Vier Menschen sind gestorben. Insgesamt sind in diesem Jahr laut UNHCR 129.000 Menschen über das Mittelmeer geflüchtet, 2.410 überlebten die Flucht nicht. Die Länder, aus denen die meisten Menschen kommen sind Nigeria, Guinea und die Elfenbeinküste.
<http://orf.at/stories/2406895/> (14.09.17)
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-mehr-als-5000-menschen-fliehen-in-einer-woche-ueber-das-mittelmeer-a-1168419.html> (17.09.17)
- Die libysche Küstenwache hat erstmals eine NGO um Hilfe bei der Rettung Fliehender angerufen. Weiterhin gibt das *Handelsblatt* einen aktuellen Stand zu den Rettungsaktionen einiger Nichtregierungsorganisationen wieder: das Schiff „Juventa“ von Jugend Rettet ist nach wie vor durch italienische Behörden beschlagnahmt, die NGO hat Rechtsmittel eingelegt. Sea Eye und Save the Children sind wieder im Einsatz. Ärzte ohne Grenzen sind auf dem Schiff von SOS Mediterranee unterwegs. Ihr Schiff „Prudence“ liegt vor Anker.
<http://www.handelsblatt.com/my/politik/international/fluechtlinge-im-mittelmeer-libysche-kuestenwache-ruft-um-hilfe/20342984.html?ticket=ST-253976-uCnqzLV01U5TthF3uYWI-ap3> (18.09.17)
- Gleichzeitig wird die Schwarzmeerroute stärker frequentiert, vermehrt kommen Menschen von der Türkei ablegend in Rumänien an. Im August rettete die rumänische Küstenwache 480 Menschen, 700 wurden von der türkischen aufgegriffen. Von Rumänien aus können die Fliehenden noch vergleichsweise leicht Richtung Westeuropa weiterziehen. Zäune gibt es nicht, jedoch versucht Rumänien, sie mittels Helikoptern und Wärmebildkameras abzufangen. Das Land will in den Schengen-Raum und den EU-Mitgliedsstaaten zeigen, dass es seine Grenzen abriegeln kann.
http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-in-rumaenien-kommt-eine-neue-schwarzmeerroute.1783.de.html?dram:article_id=396164 (18.09.17)
- Die Regierung Bangladeschs hat den 400.000 im Land befindlichen Rohingya verboten, sich außerhalb der ihnen zugewiesenen Lager zu bewegen. Das Freizügigkeitsverbot gelte, bis

die Menschen wieder nach Myanmar zurückkehren würden – wo sie verfolgt werden bis zu dem Punkt, dass der UNHCR und Nichtregierungsorganisationen inzwischen von ethnischen Säuberungen sprechen. Die Bedingungen in den Lagern seien unterdurchschnittlich, es mangle an Essen und Wasser, die hygienische Versorgung sei für viele nicht zugänglich.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/rohingya-duerfen-fluechtlingslager-in-bangladesch-nicht-verlassen-a-1168243.html> (17.09.17)

- Im Kongo eröffneten Soldat*innen das Feuer auf protestierende Geflüchtete burundischer Staatsbürgerschaft, die sich für die Freilassung von vier – so die Darstellung der kongolesischen Regierungsseite – mit Macheten angetroffenen und deswegen inhaftierten Geflüchteten einsetzten. Das unabhängige Journalist*innennetzwerk „SOS Medias Burundi“ und die in Burundi verbotene Oppositionspartei Bewegung für Solidarität und Demokratie (MSD) sprechen davon, dass kongolesische Sicherheitskräfte mit dem burundischen Geheimdienst kooperiert hätten. Das Massaker mit 36 Toten und 117 bis 124 Verletzten geschah unweit einer UN-Blauhelmmission.
<http://www.taz.de/15445203/> (17.09.17)
- Laut einem Bericht von Unicef und der Internationalen Organisation für Migration wurden drei Viertel aller minderjährigen Geflüchteten und jungen Erwachsenen (bis zum Alter von 24 Jahren definiert), die auf der Mittelmeerroute flohen, zu Opfern von Misshandlung, Ausbeutung oder Menschenhandel. 22.000 Minderjährige wurden befragt.
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-09/minderjaehrige-fluechtlinge-missbrauch-ausbeutung-kinderhilfswerk-iom> (12.09.17)
- Ein Generalmajor, Issam Zahreddine, der Republikanischen Garden der Syrischen Armee warnt Geflüchtete davor, nach Syrien zurückzukehren. Selbst wenn der Staat vergebe, „wir“ - damit meint er wohl die Armee – „werden niemals vergessen und verzeihen.“ Zahreddine bestätigt damit die Befürchtungen, die viele Geflüchtete dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bereits vorgetragen haben.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-krieg-top-general-issam-zahreddine-droht-fluechtlingen-a-1167093.html> (11.09.17)
- In Marokko eröffnete das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit ein Beratungszentrum für Geflüchtete, die „freiwillig zurückgekehrt“ sind und solche, die erwägen, aus Marokko zu fliehen. Dem Umstand, dass eine Flucht mit Eile verbunden ist, wird das Beratungszentrum damit nicht gerecht. In Tunesien wurde bereits im März ein solches Zentrum eröffnet.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-09/fluechtlinge-rueckkehrer-marokko-migrationszentrum> (14.09.17)
- Das Boot von Mission Lifeline liegt in Malta im Hafen und steht kurz davor, in See zu stechen.
<http://www.mdr.de/sachsen/dresden/mission-lifeline-sticht-mit-eigenem-schiff-in-see100.html> (19.09.17)
- Der US Supreme Court hat – vor dem Hintergrund des von US-Präsident Donald Trump verhängtem Einreisestopp – die Aufnahme von 24.000 Fliehenden untersagt. Ein Berufungsgericht hatte diese zunächst ermöglicht. Im Oktober wird es im Supreme Court eine weitere Anhörung zu Trumps Executive Order geben.
<http://www.handelsblatt.com/my/politik/international/usa-hoehchstes-gericht-haelt-einreiseverbot-fuer-fluechtlinge-aufrecht/20319738.html?ticket=ST-130320-ITbNkwRewUbN04d2vOZ9-ap3> (13.09.17)
- Weiterhin hatte Trump geplant, die „Dreamer“ - junge, illegalisierte Menschen in den USA – abzuschicken. Unter US-Präsident Barack Obama waren ihnen Wege in den legalen Aufenthalt ermöglicht worden. In Verhandlungen mit Vertreter*innen der Demokratischen

Partei verkündeten diese nachher, sie hätten in einem Deal mit Trump dessen Pläne stoppen können. Im Gegenzug hätten sie ihre Unterstützung bei der Abschottung der Grenzen zugesichert. Nach Bekanntgabe hagelte es Kritik von den ultrarechten Anhängern Trumps. Er bestreitet den Deal. Die Details bleiben unklar, bis ein Gesetzesentwurf vorliegt. <http://www.sueddeutsche.de/politik/us-praesident-darum-will-trump-ein-gesetz-zum-schutz-der-dreamer-1.3666220> (14.09.17)

- Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die ungarische Regierung kritisiert, dass diese das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Verteilung von Geflüchteten zurückgewiesen habe. Ungarn und die Slowakei hatten gegen den Verteilungsmechanismus geklagt. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-09/angela-merkel-viktor-orban-ungarn-fluechtlinge-eugh> (12.07.17)

Bund, Land, Kommune

- Acht Menschen wurden vergangene Woche nach Afghanistan abgeschoben. Gegen das von PRO ASYL so bezeichnete „Wahlkampfmanöver“ fanden sich Menschen zum Protest am Flughafen Düsseldorf ein. Der Bundesinnenminister wie der bayerische Innenminister versuchen die Abschiebung von Menschen in ein unsicheres Land damit zu legitimieren, dass sie Straftaten begangen haben beziehungsweise aus Abschiebungshaft abgeschoben wurden. <http://www.tagesschau.de/inland/abschiebung-157.html> (13.09.17)
- Von den 8.547 Entscheidungen, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über die Asylanträge von Menschen mit türkischer Staatsbürgerschaft traf, wurden 5.040 abgelehnt. Der Geschäftsführer von PRO ASYL, Günter Burkhardt, vermutet, dass das BAMF die aktuellen Gefährdungen in der Türkei nicht berücksichtige. Wenn eine CDU der Türkei Menschenrechtsverletzungen vorwerfe, müsse sich dies auch in den BAMF-Entscheidungen widerspiegeln. Zudem zeigt sich Burkhardt überrascht, dass die Zahl der Schutzsuchenden aus der Türkei so niedrig sei. Allein die 150.000 entlassenen Staatsbediensteten und Tausende von Inhaftierten belegen die Verfolgung, die in dem Land herrsche. Doch der Deal zwischen EU und Türkei habe den Fluchtweg versperrt. In diesem Jahr schob Berlin vier, NRW 20, Sachsen zwei Menschen türkischer Staatsbürgerschaft in ihr Herkunftsland ab. <http://www.tagesspiegel.de/politik/tuerkei-bamf-lehnt-mehrzahl-der-asylantraege-von-tuerken-ab/20317948.html> (12.09.17)
- Die Zahl der Asylverfahren an den Verwaltungsgerichten ist im Vergleich mit dem Vorjahreszeitraum um das Doppelte gestiegen. Mitte Juli waren 283.000 Verfahren anhängig. 69.000 der Verfahren waren Klagen von subsidiär Schutzberechtigten auf Flüchtlingsanerkennung. <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-zahl-der-asylverfahren-vor-gericht-steigt-asant-1.3669934> (18.09.17)
- Um die 10.000 Menschen demonstrierten vergangenen Samstag auf der „We'll Come United“ Demo in Berlin für ein Bleiberecht für Alle, gegen Abschiebungen und gegen verschärfte Asylgesetzgebung. Währenddessen gedachten am selben Tag rund 100 Menschen in Bautzen der vor einem Jahr beginnenden, rassistischen Übergriffe auf minderjährige Geflüchtete. http://www.deutschlandfunk.de/berlin-tausende-menschen-bei-demonstrationen-zu-abtreibung.1939.de.html?drn:news_id=793054 (16.09.17)
<http://www.mdr.de/sachsen/bautzen/aktionswoche-mahngang-bautzen-114.html> (16.09.17)
- Mit den „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“ wollte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales Geflüchtete mit einer ausbeuterischen Bezahlung von 80 Cent pro Stunde zu Handlangertätigkeiten verpflichten. Kritik an der Unsinnigkeit der teuren Maßnahme kam

von Kommunen und Wirtschaftsinstituten. Vergangenes Jahr wurden von 75 Millionen vorgesehenen Euro nur 255.000 Euro abgerechnet, dieses Jahr waren es bis Ende Juli nur 10 Millionen von 200 Millionen Euro.

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/integration-gruene-fluechtlinge-arbeitsmarkt-massnahme-gescheitert> (16.09.17)

- Das sächsische Kabinett hat das Gesetz zum Vollzug der Abschiebehaft verabschiedet, nun geht es in den Landtag. Kritik kam von Linken, Grünen und SFR. Im Ausreisegewahrsam, der bereits möglich ist, mit diesem Gesetz aber neu reguliert wird, sollen 34 Menschen inhaftiert werden, die Abschiebungshaftanstalt soll eine Kapazität von Zellen für 24 Menschen aufweisen.

<http://www.dnn.de/Mitteldeutschland/News/Kabinett-beschliesst-Gesetzentwurf-zur-Abschiebungshaft> (12.09.17)

<http://www.mdr.de/sachsen/dresden/abschiebehaft-asytrecht-asylbewerber-100.html> (13.09.17)

- Sachsens Ministerpräsident hat im Interview mit dem *Tagesspiegel* die Verbindungen zwischen der AfD und Reichsbürger*innen wie Rechtsradikalen angeprangert. Zudem kritisierte er den stellvertretenden Vize-Landrat des Landkreises Bautzen, Udo Witschas, für seine persönliche und Facebook-Kommunikation mit einem Nazi. Witschas hatte erneut mit einem Nazi gesprochen nachdem bereits ein Abwahantrag im Kreistag gegen ihn auf der Tagesordnung stand. Dieser wurde am Montag abgelehnt. Witschas wird weiterhin nicht für die Ausländerbehörde zuständig bleiben, wohl aber für das Jugendamt. Unbegleitete, minderjährige Geflüchtete unterliegen damit seiner Aufsicht.

<http://www.tagesspiegel.de/politik/sachsens-ministerpraesident-tillich-wir-waren-zu-lasch-mit-den-reichsbuergern/20322164.html> (13.09.17)

<http://www.mdr.de/sachsen/bautzen/vize-landrat-bautzen-spricht-auch-mit-neuem-mpd-chef-100.html> (16.09.17)

<http://www.mdr.de/sachsen/bautzen/witschas-bleibt-im-amt-100.html> (18.09.17)

<http://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsextremismus-in-sachsen-im-landratsamt-bautzen-gehen-neonazis-ein-und-aus/20327742.html> (14.09.17)

- Heute wurde eine Familientrennung vollzogen. Ein Vater wurde mit beiden Söhnen nach Armenien abgeschoben. Ein Eilantrag beim Verwaltungsgericht wurde abgelehnt. Die Mutter mit ihrer Tochter verblieb in Deutschland. Nach einem gescheiterten Abschiebeversuch Anfang August hatte die Mutter versucht, Suizid zu begehen. Durch fachärztliche Gutachten war ihr eine depressive Störung attestiert worden. Die Ausländerbehörde Dresden beraumte eine amtsärztliche Untersuchung für den 2. November an und wiegte die Familie in Sicherheit. Die Abschiebung schuf Fakten, die Untersuchung fand nicht statt. Innerhalb weniger Minuten versammelten sich solidarische Unterstützer*innen und versuchten die Abschiebung zu verhindern. Nachdem Verstärkung eingetroffen war, gelang es der Polizei, dem Transporter den Weg zu bahnen. Im Anschluss fanden sich die Unterstützer*innen zu einer solidarischen Demonstration ein. Der sächsische Ausländerbeauftragte will den Fall prüfen, die Dresdner Stadträtin Tina Siebeneicher von Bündnis 90/ Die Grünen hat einen Fragenkatalog an Oberbürgermeister Dirk Hilbert geschickt.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/protest-gegen-abschiebung-3776945.html> (18.09.17)

<http://www.mdr.de/sachsen/dresden/abschiebung-armenische-familie-102.html> (19.09.17)

<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/dresden-umstrittene-abschiebung-eine-familie-wird-getrennt-a-1168728.html> (19.09.17)

Ausführliches Interview mit Thomas Hoffmann vom SFR mit dem *MDR*:

<http://www.mdr.de/sachsen/dresden/interview-fluechtlingsrat-zu-armenischer-familie-100.html#sprung0> (19.09.17)

Der ausführlichste Bericht, der verschiedene Stimmen vereint, kommt von *Radio Dresden*

<http://www.radiodresden.de/nachrichten/lokalnachrichten/abschiebung-im-hechtviertel-schlaegt-hohe-wellen-1333607/> (19.09.17)

Pressemitteilung des SFR e.V.: <http://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/2017/09/19/pm-des-sfr-e-v-zur-stunde-abschiebung-ab-duesseldorf-familientrennung-stoppen/> (19.09.17)

- Ebenso fragwürdig ist das Verhalten der Ausländerbehörde Leipzig: die schob einen Menschen mit Ausbildungsduldung aus dem ihn ausbildenden Autohaus ab. Die Ausländerbehörde begründet dies fadenscheinig damit, der Betroffene Dhruv Patel habe über „seine Identität“ getäuscht. Bei seinem Namen habe er statt Patel Patidar geschrieben, außerdem habe er sein Geburtsdatum laut eigener Aussage „nicht 100 Prozent richtig geschrieben.“ Tatsächlich vollkommen nichtige Gründe, die anderswo eine Abschiebung nicht rechtfertigen würden.
<http://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Leipziger-Fluechtling-aufgrund-falscher-Angaben-abgeschoben>
 (12.09.17)
 Interview mit dem Chef von Dhruv Patel mit der LIZ: <https://www.liz.de/politik/sachsen/2017/09/Integration-Wenn-ein-Kollege-fehlt-191273> (11.09.17)
- Im Landkreis Meißen werden vermehrt Gemeinschaftsunterkünfte und Wohnungen aufgegeben, die bisher für die Unterbringung von Geflüchteten vorgesehen waren. Begründet wird dies mit den sinkenden Zahlen Neuankommender.
<http://www.sz-online.de/sachsen/asylbewerber-nur-noch-in-wohnungen-3777758.html> (20.09.17)

Hintergrund und Meinung

- Die Asylpolitik spielte bisher im Wahlkampf kaum eine Rolle, doch auf den letzten Metern wärmen die Parteien alte Forderungen auf und verfrühstücken die letzten Reste von dem, was vom Asylrecht übrig ist, kommentiert Christian Jakob. Das betrifft die Unionsparteien wie SPD und FDP. Die Botschaft: „Die AfD braucht kein Mensch, abschieben können wir selber.“
<http://www.taz.de/!5445136/> (18.09.17)
- Der Wirtschaftswissenschaftler Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat sich in der *Zeit* intensiv mit der von BILD und AfD falsch wiedergegebenen Zahl von 60% der Geflüchteten ohne Schulabschluss auseinandergesetzt. Sie beriefen sich auf eine Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB). Die Zahl kam nur deswegen zustande, weil BILD und AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel auch diejenigen addierten, die keine Angaben zu ihrem Schulabschluss machten. Zunächst gilt für alle nicht-deutschen Gruppen, dass ihr Anteil an Menschen, die keine Angaben zum Schulabschluss gemacht haben, höher ist als der von Menschen deutscher Staatsbürgerschaft – schlicht, weil einige Abschlüsse und Bildungsbiographien sich nicht so einfach in deutsche Kategorien fassen lassen. Höher ist selbiger Anteil ebenso, wenn die Personen erst kürzlich als Beschäftigte oder Arbeitssuchende auf dem Arbeitsmarkt auftreten – was auf Geflüchtete ja zutrifft. Weiterhin hätte die Gruppe der Arbeitssuchenden in allen Bevölkerungsgruppen ein niedrigeres Bildungsniveau als Erwerbstätige. In der Studie des BIBB sei zudem nur die Gruppe der anerkannten Flüchtlinge im juristischen Sinne vertreten. Menschen im Asylverfahren oder anderem Schutzstatus tauchen nicht auf. Insofern ist die Studie nur bedingt aussagefähig. Ein aus Brückers Sicht wesentlich bessere Studie hat das Befragungsinstitut Kantar Public durchgeführt. Die Stichprobe umfasste 4.816 Geflüchtete, die aus dem Ausländerzentralregister ausgewählt wurden. Die Befragung erfolgte mehrsprachig, auch auditive Erhebungsinstrumente für Analphabet*innen wurden genutzt. Dort besuchten 11 % eine Grundschule, weitere 11 % hatten gar keine Schule besucht. Es brauche realistische Zahlen, so Brücker, um zu wissen, welche Maßnahmen bei der Arbeitsmarktintegration vonnöten sind. Diskriminierung zum eigenen Vorteil in Wahlkampf sei der Integration abträglich.
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-09/fake-news-fluechtlinge-vorurteile-wahlkampf-afd> (18.09.17)

- Gegenüber dem Jugendmagazin *jetzt* von der *SZ* hat ein Polizist über Korpsgeist, Rassismus und Feindbilder gegenüber „den Linken“ gesprochen. Unter anderen berichtet er davon, dass viele Polizist*innen Racial Profiling ganz offen praktizieren, um genügend Anzeigen zu erhalten. Das sichere gute Bewertungen und die schnellere Beförderung. Weiterhin gäbe es „Widerstandsbeamt*innen“. Diese würden aggressiv gegen Menschen vorgehen und somit Gegenwehr provozieren. Von oberen Diensträngen werde signalisiert, es könne alles „gerade geschrieben“ werden. Generell – wenn etwas „schiefgehen“ würde, könne alles in der Pressearbeit der Polizei korrigiert werden.

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



UNO-Flüchtlingshilfe